



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 8.— Mk. — Einzigen: die dreispaltige Beilage 2.— Mk., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Breitungsverzeichnis.

Für die Woche vom 25. bis 31. Dezember 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 53 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Götting hat beschlossen, den Ortsbeitrag für die 1. Klasse auf 50 Pf., für die 2. bis 5. Klasse auf 1,50 Mk. ab 2. Januar 1922 zu erhöhen. Die Mitgliederversammlung in Zwickau setzte den Ortsbeitrag für weibliche Mitglieder auf 40 Pf. und für männliche Mitglieder auf 80 Pf. wöchentlich mit Wirkung vom 2. Januar 1922 fest. Für die Mitglieder der Zahlstelle Hannover beträgt vom 2. Januar 1922 ab der Ortsbeitrag in der 1. und 2. Beitragsklasse 50 Pf., in der 3., 4. und 5. Klasse 1.— Mk. wöchentlich. In Nürnberg beschloß eine Mitgliederversammlung die Erhöhung des Ortsbeitrages für die 1. bis 4. Klasse auf 1.— Mk., für die 5. Klasse auf 2.— Mk. wöchentlich ab 2. Januar 1922. In der Versammlung am 11. Dezember 1921 hat die Zahlstelle Duisburg beschlossen, den Ortszuschlag in allen Klassen ab 2. Januar 1922 auf 1 Mk. zu erhöhen. Die Zahlstelle Braunschweig (Havel) hat den Ortsbeitrag ab 2. Januar 1922 auf 70 Pf. erhöht. Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.  
F. A. G. Pucher, 1. Vorst.

### Berufswahl und Berufsberatung

II.  
Ob es möglich sein wird, in jedem Falle einen Ausgleich zu schaffen zwischen Berufswahl und Berufseignung, erscheint zweifelhaft. So wünschenswert dies wäre, weil nur der Mensch hohe Arbeitsleistungen (Qualitätsarbeit) erzielen kann, der mit Lust und Liebe, mit innerer Anteilnahme, seine Arbeit verrichtet, so wird sich doch in der Praxis herausstellen, daß dies Ideal vielfach beim besten Willen nicht erreicht werden kann. Auch die Berufswahl und die Berufsberatung sind eben menschliche Einrichtungen, die mit Mängeln und Fehlern behaftet sind. Die an und für sich vorhandenen Schwierigkeiten werden noch dadurch vermehrt, daß sich bei manchen Menschen die Eignung und Neigung für einen Beruf erst in späteren Jahren herausstellt. Deshalb wird die Möglichkeit eines Berufswechsels unter allen Umständen bleiben müssen. Man hat überdies der psychologischen Berufsberatung auch noch den Vorwurf gemacht, daß sie eine seelische Verarmung und eine geistige Verengung des jungen Menschen im Gefolge habe, da sie ihn auf dem kürzesten Wege einem Beruf zuführe, anstatt ihm die Möglichkeit zu geben, auf Umwegen Erfahrungen zu sammeln und dadurch seinen Horizont zu erweitern. Dieser Vorwurf ist nicht ganz unberechtigt, aber der erwähnte Nachteil muß im Interesse der Wirtschaftlichkeit mit in den Kauf genommen werden. Andererseits steht es ja auch noch jedem Einzelnen frei, sich in der Welt umzusehen und gegebenenfalls umzufallen.  
Schwerwiegender ist schon die Frage, was mit einem Menschen geschehen soll, die eine starke Neigung zu einem Beruf haben, aber nicht die nötige Eignung dafür mitbringen. Hier wird sich ein gewisser Zwang nicht entfalten lassen. Sicherlich ist die freie Berufswahl ein Ideal, aber wie jedes andere Ideal unerreichbar, nämlich wäre es im höchsten Maße wünschenswert, wenn ein jeder frei und ungehindert seiner Neigung folgen und sich in dem Beruf anwenden könnte, für den er eine innere Veranlagung in sich fühlt, aber dies läßt sich nicht durchführen. Wir beobachten ja heute schon häufig genug, daß Menschen sich verabschieden und erfolglos in einem Beruf abtun, den sie sich selbst erwählt haben, ohne aber die nötige Eignung dafür zu besitzen. Da wird es dann schon besser sein, daß verlässliche Ratgeber ihnen den Weg zeigen und unter Umständen mit einem gelinden Druck nachsehen. Wie eine schrankenlose Freiheit in erster Linie menschlichen Gemeinschaft überhaupt unmöglich ist, so ist auch eine völlig freie Berufswahl ein Ding der Unmöglichkeit, zwischen ihr und einem Berufswahl, wie ihn die

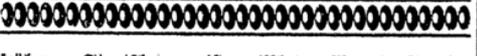
### Die frohe Botschaft.

Sternsunkeln ragte die Mitternacht hoch über Bethlehem's Turen. Da lochte, als wäre der Morgen erwacht, Auf einmal der Himmel in purpurner Pracht, Und jählings vom Boden fuhren Die frommen Hirten, die Hüter der Herden, Und senkten die Stirnen und bogen die Knie, Und gläubigen Herzens vernahmen sie Die Botschaft: Friede auf Erden!

Die Jahre rannen, die Welt ward alt, Geschlechter kamen und schwand, Die Stimmen der Engel sind lange verhallt. Doch immer noch wütet die rohe Gewalt Verberlich in allen Landen. Es stampfen die Starken mit Siegergebärden Frech über die Belter der Wälder fort, Und blutiger Hohn scheint den Menschen das Wort, Die Botschaft: Friede auf Erden!

Und doch! Wenn schimmernd der Weihnachtsbaum Im Lichterglanz sich enthüllt, Erwacht in des Herzens tiefstem Raum Aufs neue der alte, der seltsame Traum, Der die gläubigen Hirten erfüllte: Einst werden die Menschen zu Brüdern werden, Zu Schwestern schmieden sie Schwert und Speer, Und Wahrheit, kein steifes Märchen mehr Ist die Botschaft: Friede auf Erden!

Paul Moemann.



früheren Staatskommunisten (Plato, Morus, Fourier usw.) verlangten, und einem völligen Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen muß eine Mittellinie gefunden werden. In einer menschlichen Gemeinschaft wird eine freie Freiheit beschränkt durch die Rücksichtnahme auf die anderen Menschen, jedes Recht schließt eine Pflicht in sich, da der eine Mensch vom anderen abhängig und auf den anderen angewiesen ist. Wohin sollte es auch führen, wenn jeder einzelne tun dürfte, was er wollte? Darauf beruht gerade die Möglichkeit eines menschlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens, daß der einzelne auf einen Teil seiner persönlichen Freiheit Verzicht leistet und sich in den Organismus einfließert.

Uebertragen wir dies auf das Gebiet der Berufswahl, so will das besagen, daß keinem Menschen das Recht eingeräumt werden kann, sich ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl für irgend einen beliebigen Beruf zu entscheiden. Ebensovienig wie er das Recht hat, seine Kräfte und Fähigkeiten brach liegen zu lassen, anstatt sie in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen, ebenso wenig darf er Anspruch darauf erheben, sie nach völlig freiem Ermessen zu verwenden. „Eigentum verpflichtet“, heißt es in der Verfassung des Deutschen Reiches, sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das „Gemeine Beste“. Und weiter heißt es: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu befähigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert“. Der Wille des einzelnen soll aber möglichst frei sein, auch bei der Wahl eines Berufes, aber er ist doch immer gebunden an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und an die Forderung hoher Wirtschaftlichkeit, die darauf hinausläuft, daß jeder arbeitende Mensch die Arbeit verrichten muß, zu der er paßt. Wie der materielle Besitz, so auch die Arbeitskraft nach sozialistischer Auffassung ein unvertrautes Gut, das der Besitzer allerdings zunächst zu seinem eigenen Nutzen, darüber hinaus aber zum Besten der Allgemeinheit zu verwenden verpflichtet ist. Das muß jeder beherzigen, der auf den Namen Sozialist, das heißt, Gemeinheitsmenschen Anspruch erhebt. Es muß endlich einmal mit der individualistischen Auffassung von der schrankenlosen Freiheit des selbstherrlichen Einzel-

menschen gebrochen werden, die wir als Erbtier des Liberal-Kapitalismus noch immer mit uns herum-schleppen. Wir müssen uns zu der Erkenntnis durchringen, daß Sozialismus nicht nur Freiheit, sondern auch Organisation (also organische Freiheit) bedeutet, daß unser Wirtschaftsleben ein lebensvoller Organismus werden soll, in dem nicht Willkür und Zufälligkeit, sondern Ordnung und Gesetzmäßigkeit herrscht. In diesem Organismus sich freiwillig und freudig einzuordnen, ist die Pflicht eines jungen Menschen.

Und dann dürfen wir vor allen Dingen das eine nicht vergessen, daß jede Arbeit, die dauernd und zum Zwecke des Erwerbs verrichtet wird, eine Last und mit Unannehmlichkeiten verknüpft ist. Es ist ein hohes Ideal, alles Arbeiten so zu gestalten, daß es aus einer Last zu einer Lust wird, und es hat Sozialisten gegeben, die von einem solchen Zustande geschwärmt haben. Aber dieses Ziel ist eine Utopie. Wohl soll die Gesellschaft dahin streben, daß die Arbeit eine innere Befriedigung gewährt und zu einem Lebensinhalt wird, aber es erscheint auch bei der höchsten technischen Entwicklung ausgeschlossen, jede Arbeit zu einer Freude zu machen, der man sich mit Wärme hingibt. Die Arbeit ist nun einmal unter allen Gesellschaftsformen eine herbe Notwendigkeit, ein bitteres Muß, weil der Mensch der Natur ihre reichen Gaben mit harter Mühe abringen und sie zum Genuße herrichten muß. Wir leben allerdings nicht, um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um zu leben, aber wir alle sollen unsere Kräfte anspannen und uns keine Mühe verbieten lassen, wenn es gilt, alles das zu probieren, was das Leben fordert. Vor den Erfolgen haben die Götter den Schmerz gestellt, sagt der altgriechische Dichter Hesiod, und darum müssen wir die Arbeitsmühe auf uns nehmen. Wohl geht das Streben des Sozialismus dahin, die Arbeitsmühe zu erleichtern und trotzdem hohe Leistungen zu erzielen, dennoch wird aber immer noch ein Rest Arbeitsmühe übrig bleiben. Das menschliche Leben legt uns einmal Opfer auf, denen wir uns nicht entziehen dürfen. Diese tiefe Wahrheit, daß das Leben ein fortwährendes Aufopfern ist, sollten sich alle jungen Leute ins Herz schreiben, die den Fortschritt tun von der Schule ins Wirtschaftsleben. F. P.

### Eine neue Situation in Berlin

Von der Zahlstelle Berlin hat man schon vielerlei gehört, und wieder befindet sich dieselbe in einer neuen Situation.

Um Ruhe in der Organisation und in den Mitarbeiterverhältnissen zu haben, die ein koordiniertes Arbeiten ermöglichen, wie es § 2 des Verbandstatuts und die Interessen der graphischen Hilfsarbeiter erfordern, hat der Beirat, Hauptvorstand und Ortsvorstand der Berliner Mittelschaft folgende Frage vorgelegt:

Sind Sie gewillt, Ihre Mitgliedschaft im Verbands der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Berlin, unter Beachtung der statutarischen Bestimmungen sowie der statutenumäßigen Beschlüsse der Verbandsinstanzen aufrecht zu erhalten unter Ablehnung der von der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale herausgegebenen Richtlinien und Beschlüsse?

(Ja oder nein?)

Die Nichtbeantwortung vorstehender Frage gilt als Verneinung und hat den Verlust der Mitgliedschaft zur Folge.

Der Verbandsvorstand. Der Verbandsbeirat. Der Ortsvorstand.

Klar und deutlich geht aus dieser Fragestellung hervor, daß sich die Verbandsinstanzen gegen eine politische Partei richten, sondern nur die verbandsschädigende Einwirkung der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale (ein Produkt der Lebensbildung) ausschalten wollen.

Die Unbertheit in Berlin, die in allen kritischen Fragen ihre Unentscheidungen von dieser Institution erhebt, ist nun neuzugewonnen, andere Wege in der Gewerkschaftsfrage einzuschlagen. Die „rote Fahne“ vom 4. Dezember 1921 forderte allerdings ihre Parteifreunde im graphischen Hilfsarbeiterverband auf, die Frage mit „ja“ zu beantworten. Auf diese Weise sollte die Einheit der Organisation nach außen hin gewahrt bleiben und den Verbandskommunisten es weiterhin ermöglicht werden, im Auftrag der sogenannten Reichsgewerkschaftszentrale ihre „entsprechliche Tätigkeit“ in den Berliner Veramm-

lungen auszuüben. Daß die Führer der unentwegten Opposition wirklich nur nach den Besten ihrer Parteihandeln müssen, beweist folgender Fall:

Der Metallarbeiterverband in Berlin hatte für seine Mitglieder eine Lohnerhöhung von 5 Mt. pro Stunde beantragt und konnte seine Forderung nicht auf dem Verhandlungswege mit den Unternehmern erledigen. Der Schlichtungsausschuß, der angerufen wurde, fällte einen Spruch, der den Arbeitern 1,90 Mt. zusprach, und war unter Mitwirkung von 2 kommunistisch organisierten Metallarbeitern, die unter dem „Schnabe“ der Verhältnisse ihre Zustimmung geben mußten. Am anderen Tage erschien in der „Roten Fahne“ die Veröffentlichung des Schlichtungsspruches mit dem Inhalt, „daß der Präsidiumsmitglied des Ausschusses der beiden Schlichtungsausschüsse beiderseits nicht zugegen“ war. Daraus geht hervor, daß die betr. Funktionäre nur ihrer Partei Rechenschaft schuldig sind für ihr Tun und Lassen in den Gewerkschaften und nicht ihren Kollegen, von denen sie mit derartigen Funktionen betraut werden.

Ob aber die Gewerkschaften ein solches Treiben auf die Dauer vertragen, ist hier anzudeuten. Jedem Kollegen mußte einleuchten, daß die Selbstständigkeit der Gewerkschaften unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß. Und wie sieht es denn nun in der hiesigen Berlin aus? In den letzten drei Jahren gingen in den Berliner Mitglieder- und Delegiertenversammlungen die Beschlüsse sehr hoch. Es waren sensationelle Tagesordnungen zu erleben. Man dachte hierbei an die Verträglichkeit im vorigen Jahr. Eine der nächsten Versammlungen beschäftigte sich dann mit dem Thema „Amsterdamer oder Moskauer“ und veranlaßte die Berliner Mitgliedschaft durch Annahme der Moskauer Resolution, Neuwahlen der Verwaltung und des Ortsvorstandes vorzunehmen. Bei dieser im April d. J. erfolgten Urwahl kam zum Ausdruck, daß die Mehrheit der Berliner Mitgliedschaft sich auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinterationale stellt.

Doch wenn man nun glaubte, daß die neue Verwaltung auch so wirken konnte, wie es die Interessen der Mitglieder erfordern, so wurde man bald eines Anderen belehrt. Trotz Warnung vom Beirat und Hauptvorstand hatten es zwei Kollegen unternommen, an dem Internationalen Gewerkschaftskongress in Moskau als Vertreter der graphischen Hilfsarbeiter teilzunehmen und wurden deshalb vom Hauptvorstand aus dem Verbande ausgeschlossen. Das war das Signal, die Ruhe zu stören, die anzugeht werden sollte, um die Kollegen zu warnen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zu tüchtigen Gewerkschaften heranzuführen, an denen es uns heute noch so sehr mangelt. Ja, man ging sogar soweit, daß man den Ortsvorstand zwingen wollte, kantonwidrige Handlungen vorzunehmen, die dieser aber ablehnte und deshalb eine Mitgliederversammlung am 18. Oktober vor Eintritt in die Tagesordnung wieder schließen mußte. Als nun endlich doch eine neue Versammlung zustande kam, da war es die faulstüchtige Resolution, die sich mit der Haltung des Ortsvorstandes nicht einverstanden erklärte und weiterhin jedes Mitglied, jeden Angehörigen und den Ortsvorstand zur Durchführung jedes in der Mitgliederversammlung gefaßten Beschlusses verpflichtete, ohne sich aber über die Bedeutung und nachteilige Folgen, die für die Zahlstelle dadurch entstehen können, klar geworden zu sein. Diese Entscheidung ist in der „Solidarität“ veröffentlicht worden. In ihr heißt es wörtlich:

„Angehörige oder Vorstandsmitglieder, deren Ansicht mit den Beschlüssen der Mitgliederversammlung kollidieren, können versuchen, etwa beanstandete Beschlüsse durch die Mitgliederversammlung abzuändern“...

## Weihnacht daheim

Religionen sind gekommen und dahingegangen, so wie die wirtschaftlichen Formen kamen und gingen, und immer wieder zeigten beide die Wahrheit von Webers Wort: „Die Religion ist die transzendente Widerspiegelung des jeweiligen Gesellschaftszustandes.“ In dem Maße, wie die menschliche Entwicklung fortschreitet, die Gesellschaft sich transformiert, transformiert sich die Religion. Und genau so bekamen die religiösen Feste immer einen anderen Charakter. Aus dem germanischen Feste der Winterjonnenswende wurde das Fest der Geburt des Nazareners als des Gottesohnes, und dieses Fest bekommt heute wieder einen anderen Gehalt, ganz ohne Zutun, ganz ohne künstliches Schaffen. Aus dem Volke heraus keimt neuer Weihnachtsgeist in die Tannenstämme.

Dem kapitalistischen Menschen genügt der alte weihnachtliche Charakter. Wenn Jesus gekommen ist, „uns zu verschonen“, dann ist er selber von eigener Verantwortung frei. Je mehr der Widerstand des kapitalistischen Heute aber von der proletarischen Masse gefühlt wurde, um so mehr wandte man sich auch ab von einer religiösen Auffassung, die zu dem erlebten Ideale in Widerspruch stand. Nur aus uns heraus kann Neues werden, nur durch die eigene Tat und durch eigene Verantwortung kann einmal werden eine sittliche Menschheitskultur. Niemand kann uns erlösen als wir selber. Aus uns heraus soll die Welt einmal werden in ihrer höchsten Geistigkeit. Aus uns heraus soll einmal Gott, Liebe, Ideal sein. Und je mehr das proletarische Volk hineinsteigt in diese Selbstbestimmung, um so mehr riß es den weihnachtlichen Geist von den Sternen herunter in das Herz hinein. Nicht draußen, sondern drinnen war Gott. Nicht von außen, sondern von innen heraus sollte er triumphieren. In jedem einzelnen von uns ward ein Christus geboren. Und wenn der geniale Philosoph von Nazareth das Ideal auch in einer ganz besonders herrlichen Gestalt in seinem großen Herzen trug, etwas von

Das haben nun die Verbandsinstanzen getan. Sie fragen allerdings nicht nur eine Verbandsinstanz, sondern die Gesamtheit der Berliner Mitglieder. Warum also die große Aufregung?

Wir haben tatsächlich mehr zu tun, als uns als Arbeiter gegenseitig zu befähigen. Vor allen Dingen müssen wir uns unserer weiblichen und jugendlichen Kollegen mehr als bisher annehmen, d. h. sie zu stärken erziehen. Notwendig ist es auch, ein Delegiertensystem in Berlin einzuführen, welches die breitere Vertretung der Mitgliedschaft sein soll. Erst dann werden Plan und programmatische die notwendigen arbeitswirtschaftlichen Arbeiten erledigt werden können. Im Interesse der Sache wäre es wünschenswert, wenn die Berliner Mitgliedschaft diese Wege einschlägt.

## Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

Jahr.

Am 8. Dezember 1921 fanden in der Lohnfrage wiederum Verhandlungen statt. Obwohl unsere tariflichen Vereinbarungen noch Gültigkeit bis 31. Dezember hatten, mußte versucht werden, den sprunghaft einsetzenden weiteren Teuerung, durch höhere Löhne zu begegnen. Es gelang, das Lohnabkommen, welches ab 2. Dezember eine Lohnerhöhung vorsah, nochmals zu revidieren, so daß ab 9. und 16. Dezember 1921 weitere Lohnzulagen in Kraft treten. Diese Zulagen sind nach Altersstufen gestaffelt und betragen wöchentlich:

- für Steindruckler und Bader von 14-21 Jahren 50,16-105,60 Mt., über 21 Jahre und 1 Jahr im Beruf 113,52 Mt.
- für männliche Hilfsarbeiter von 14-21 Jahren 45,60 bis 96,- Mt., über 21 Jahre und 1 Jahr im Beruf 103,20 Mt.
- für Anfertigerinnen von 14-21 Jahren 31,68 bis 60,72 Mt., über 21 Jahre und 1 Jahr im Beruf 65,- Mt.
- für Hilfsarbeiterinnen von 14-21 Jahren 26,80 bis 55,20 Mt., über 21 Jahre und 1 Jahr im Beruf 60 Mt.

Diese Vereinbarung gilt bis 31. Dezember 1921. Vor Ablauf haben neue Verhandlungen stattzufinden.

### Caustatt. (Wachdruckerien.)

Vom 1. Dezember ab richterlich angefangen in den Caustatter Wachdruckerien folgende weitere wöchentliche Zulagen zur Auszahlung:

Männliches Hilfspersonal: mit 25 Jahren und darüber 94 Mt., mit 22-24 Jahren 77,55 Mt., mit 20-21 Jahren 65,80 Mt., mit 18-19 Jahren 56,40 Mt., mit 17 Jahren und darunter 47,- Mt.

Weibliches Hilfspersonal: Anfertigerinnen 61,10 Mt.

Ausfertigerinnen und Hilfsarbeiterinnen von 19 bis 21 Jahren und darüber 61,10 Mt., von 17-19 Jahren 47,- Mt., unter 15-17 Jahren 37,60 Mt.

Um diese Zulagen erhöhen sich die Mindestlöhne vom 15. November 1921.

Die Mindestwöchentlöhne betragen ab 1. Dezember:

a) Steindruckler und Bader über 25 Jahre verb. 422,53 Mt., über 25 Jahre verb. 393,39 Mt., von 24 bis 25 Jahren verb. 406,08 Mt., von 24-25 Jahren verb. 376,94 Mt., männliche Hilfsarbeiter über 25 Jahre verb. 387,28 Mt., über 25 Jahre verb. 380,13 Mt., von 24-25 Jahren verb. 370,83 Mt., von 24-25 Jahren verb. 363,78 Mt., von 21-24 Jahren 334,64 Mt., von 19-21 Jahren 300,80 Mt., von 17-19 Jahren 255,68 Mt., von 15 bis 17 Jahren 216,67 Mt., bis 15 Jahre 188,47 Mt.,

diesem Weltengeste regt sich in jedem von uns. Das, was da in heiligem Regen in unseren sehnenenden Herzen lebt, das ist der Gottesgeist, der da in jedem von uns geboren ist, hoch geboren, um frei zu werden.

Frei soll dieses geistig-seelische Ich sein. Es soll erlöst sein von den Banden des Kapitals. Nicht vor Geld hat, soll dieses geistige Können entfalten; nicht vor Geld hat, soll dieses seelische Schönen betriebliegen. Dieses Heilige in uns ward geboren, um zu leben, wo es auch sei. Jeder hat das Recht, jeder hat die Pflicht zum Aufleben des Geistes wie der Seele.

So hat das Weihnachtsfest heute im Proletariat einen ganz entgegengesetzten Charakter wie zuvor. Nicht von außen her wirkt weihnachtlicher Geist auf das Herz ein, sondern aus dem Herzen heraus dringt der Weihnachtsgeist in die Welt hinaus. Weihnachten ist das Fest der proletarischen Seele, die die Welt karmen soll. Und wenn im Proletariat auch Weihnachtsvergünstigungen verankert werden und gar Weihnachtsbälle, das ist nicht das proletarische Weihnachtsfest. Das kann nur daheim gefeiert werden, im Kreise der Familie, im Kreise von Freunden und Lieben, nur da, wo das Herz, das zu Großem sich berufen fühlt, dieses Große nur in Feiern empfinden kann. Das, was wir für die Welt erscheinen erblickt die neue Menschheit. Die Familie ist die Zelle des neuen Baumes, der werdenden Seelenkultur. Die „schenkende Jugend“ (Niesche), die dem Weihnachtsfeste im Helme den Charakter gibt, sie soll einmal die Jugend der Welt sein. Das „Du“, das daheim das Ich bedeutet, es soll einmal als Weihnachtsfestern leuchten über der Menschheit. Und darum unser gekalteter Kampf. Darin unsern Augen mit dem aus dem Nazarener als religionsfeindlich empfundenen Mannom. Das weihnachtliche traute Du daheim, es soll einmal zum leitenden Geiste einer neuen Welt werden. Aus deiner Brust heraus durch den gekalteten Kampf die Menschheit der Liebe! Das ist proletarische Weihnacht.

Dr. Gustav Hoffmann.

b) für Anfertigerinnen und Druck- und Lackermaschinen 257,09 Mt.

c) für Ausfertigerinnen und sonstige Hilfsarbeiterinnen über 21 Jahre 242,05 Mt., von 19-21 Jahren 236,88 Mt., von 17-19 Jahren 206,80 Mt., unter 15 bis 17 Jahren 171,55 Mt.

Auf obige Stundenlöhne kommt für alle verbeirateten Hilfsarbeiter ein Zuschlag von 50 Pf. pro Arbeitsstunde, für Witwen mit eigenem Haushalt und verheiratete Arbeiterinnen, deren Mann weder erwerbsfähig noch erwerbstätig ist, ein Zuschlag von 20 Pf. pro Arbeitsstunde.

Alle übrigen Bestimmungen der Vereinbarung vom 7. Juni 1921 bleiben bis auf weiteres bestehen.

## Aus unseren Zahlstellen

Breslau. In einer Versammlung am 5. Dezember sprach Kollege Schulze-Berlin über gewerbliche und tarifliche Schwierigkeiten. In der sich daran anschließenden Aussprache wurden die Ausführungen des Referenten ergänzt und manches besonders unterstrichen. Ein reger Meinungsaustrausch über die durch den Tarifauschluß beschlossenen neuen Teuerungszulagen brachte zum Ausdruck, daß man im Hinblick auf die elenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Hilfsarbeiterschaft sich mit dem in Leipzig beschlossenen Sätzen nicht einverstanden erklären kann. In einer zu diesem Gegenstand angenommenen Entschließung wurde darauf besonders hinabgewiesen und außerdem ausgeführt, daß durch die prozentualen Zuschläge die Vererbung unserer Kollegenchaft nur hingehalten, aber nicht aufgehoben wird. Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau ersuchen den Verbandsvorstand, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß auch für das Hilfspersonal die gleichen Sätze wie für die Gehilfen erreicht werden. Die Erhöhung der Verbandsbeiträge, die ab 1. Januar 1922 vom Vorstand und Beirat beschloffen ist, fand die volle Zustimmung der versammelten Mitglieder.

Gotha. In der Versammlung vom 6. Dezember berichtete der Vorsitzende über die letzten Tarifverhandlungen in Leipzig. Wenn das Resultat auch nicht voll befriedigend wäre, so müsse doch anerkannt werden, daß wir wieder ein gutes Stück vorwärts gekommen seien. Die Ermahnung, auch in Zukunft fest hinter dem Verband zu stehen und die Versammlungen wie bisher so gut zu besuchen, ist hauptsächlich auf fruchtbareren Boden gefallen. Die eingebrachte Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Die aufgeschobene Versammlung stimmt dem Ergebnis der letzten Leipziger Verhandlungen zu. Trotz dem noch nicht annähernd ein Ausgleich gegenüber den wahren wirtschaftlichen Verhältnissen ist, erkennen die Versammlung an, daß die Gehilfenwertigkeit diesmal ihre volle Wirksamkeit und Schutzwirkung getan haben. Eine einseitige Stabilisierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse kann erst dann eintreten, wenn der V. D. G. P. seinen ganzen Einfluß aufbietet, um die 10. aufgestellten Forderungen restlos zur Durchführung zu bringen.

Der Bezirksrat der Steindruckerei-Hilfsarbeiter, der ziemlich die gleichen Sätze aufweist, wie der Buchdruck-Hilfsarbeiter nach der letzten Zulage, wird hier bei der einig maßgebenden Druckerei restlos bezahlt. Zum Schluß wurde der Kassierbericht bekannt gegeben. Daraus ist zu entnehmen, daß unsere Ortskasse einen Bestand von 1800 Mt. aufzuweisen hat. Geht ein günstiges Rechen für unsere Zahlstelle von 70 Mitgliedern und den anderen Zahlstellen zur Nachahmung zu empfehlen.

## Arbeiterakademie und Gewerkschaftsurse

Genosse Konrad Haensch sucht in seinem großzügigen Buch „Neue Bahnen der Kulturpolitik“ \*) die Aus- und Neugestaltung der Arbeiterbildung in den Dienst der Befreiung der arbeitenden Klasse zu stellen. Seine auf dieses hohe Ziel gerichteten Gedanken legt er so dar:

Es handelt sich für die werdende neue Gesellschaft darum, den Arbeiter aus einem bloßen Objekt der Wirtschaft mit vollem Bewußtsein zu ihrem mitverantwortlichen Träger zu machen. Nur so ist Gemeinwirtschaft denkbar. Das aber ist eine Erziehungsaufgabe. Und diese Erziehungsaufgabe können nicht die Organisationen der Arbeiter allein lösen -- der Staat selbst hat an diese gewaltige, letzten Endes unser ganzes nationales Leben umfassende Aufgabe in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und mit den Verbänden der Angestellten seine volle Kraft zu setzen.

Drei Dinge kommen in Frage: die volkswirtschaftliche Erziehung der Massen selbst, die Erziehung des aus ihren Reihen sich ständig erneuernden Korps der gewerkschaftlichen Unterführer und endlich die umfassende Schulung und Erziehung der auf den ersten Posten des Wirtschaftskampfes und der Wirtschaftsorganisation stehenden Arbeiterführer.

Die erste Aufgabe muß ganz von unten her angepaßt werden, ihre Lösung muß beginnen schon bei der inneren Umstellung der Schule und bei der Pflege des volkswirtschaftlichen Denkens wie der staatsbürgerlichen Gefinnung in allen Schulklassen, auch bei den energischer Förderung wertener Fachschulen. Bei der zweiten Auf-

\*) Konrad Haensch: „Neue Bahnen der Kulturpolitik“ (Verlag F. S. B. Dieck Nachf., Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.) Preis 18,- Mt.

**Halle (Saale).** Mitgliederversammlung vom 9. Dezember 1921. Nach Zweibe berichtete, daß ein Tarif an die hiesigen Zeindruckereibesitzer eingebracht ist, um eine Regelung der Arbeitszeit und Ferien herbeizuführen. In der Lohnfrage ist das Personal zum Teil befriedigt da die Leipziger Löhne mit 2½ Proz. Abszins gezahlt werden. In einer Vorbesprechung mit den Arbeitgeberern brachten diese zum Ausdruck, daß sie für die 45stündige Arbeitszeit nicht zu haben sind (bisher 48 Stunden). Die Personale erklärten sich mit der absehbenden Faltung der Unternehmer nicht einverstanden und verlangen bis zum 1. Januar eine Regelung. Nach dieser behauptete die Interessiertheit der Kollegen im Steinbrud. Er beantragte, daß die Funktionäre nach der Versammlung zu einer kurzen Besprechung über die nötigen Maßnahmen beraten. Nach Zweibe berichtete dann über die Lohnherhöhung im Buchdruck. Diesmal könnte man sie schon als solche anerkennen. Einige Redner bemängelten die prozentuale Staffellung. Es wurde beschloffen, bei kommenden Verhandlungen für die männlichen Mitglieder dieselbe Zulage wie für die weiblichen, für die Kollegen 70 Proz. zu fordern. Nach dieser teilte noch mit, daß für Sonntagarbeit 50 Proz. Zuschlag gezahlt wird. Um unseren Arbeitslosen eine Weihnachtshilfe zu bereiten, schlug Herr 50 Mt. Extraträgerung vor. Der Antrag wurde angenommen. Mehrere Anwesenden von Merseburg haben sich an die Zahlstelle Halle mit der Bitte gewandt, dort für sie die tariflichen Löhne zu erwirren. Die Ortsverwaltung hat entsprechende Schritte unternommen. Vorläufig sind 22 Kollegen dem Verbande beigetreten.

**Hannover.** Am 30. November fand unsere gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Sparfuß referierte über den Verlauf der Tarifverhandlungen und das neue Lohnabkommen. Neben der Lohnabnahme werden müssen. Er behauptete es, daß es unsere Verhandlern auch diesmal noch nicht gelungen ist, dieselben Teuerungszulagen herauszubekommen, die den Geschäften gewährt wurden. Wohl hätten die neuen Zulagen das übertraffen, was von dem größten Teil der Kollegen erwartet wurde. Neben erkannte an, daß die neuen Zulagen immerhin noch zu niedrig sind, um eintgermaßen einen Ausgleich zur letzten Teuerung herbeizuführen zu können, trotzdem könne man aber mit diesem Erfolge zufrieden sein. Anschließend, nach der Bekanntgabe der neuen Teuerungszulage teilte Kollege Sparfuß mit, daß vom Hauptvorstand und Beirat eine Erhöhung des Verbandsbeitrages ab 1. Januar beschloffen wurde. Er betonte, daß die Erhöhung eine dringliche Notwendigkeit geworden sei, wenn man die Organisation hochhalten und nicht unter den Schiffen krummen lassen wolle. Auf der einen Seite würde alles teurer, und die Mitglieder verlangen immer höhere Unterstellungen, aber ohne höhere Beiträge zu bezahlen, sei dies nicht möglich. Durch diese Erhöhung sind auch gleichzeitig die Unterstellungssätze für Kranke und Arbeitslose erhöht worden. Bezüglich der Selbstentwertung sah sich auch der Ortsvorstand genötigt, die Beiträge hier am Orte neu zu regeln. Es sollen demnach betragen für die beiden niedrigen Klassen je 50 Pf. und bei den drei anderen Klassen je 1 Mt., so daß für Hannover folgende Beiträge ab 1. Januar gezahlt werden müssen: 2,50, 3,50, 5,00, 6,00 und 7,00 Mt. Kollege Sparfuß eruchte die Mitglieder um Annahme der neuen Sätze. Anschließend gab Kollege Wambacher eine Uebersicht über die jetzigen und ab 1. Januar zu zahlenden Beiträge der anderen Organisationen am Orte. Von den meisten Organisationen wurde ein Stundebonus als Normalbeitrag angesehen und ist vielfach schon zur Einführung gekommen oder wird ab 1. Januar eingeführt. Die Erhöhung des Lokalbeitrages rechtfertigte sich ebenfalls aus den gestiegenen Ausgaben der Ortsklasse, dann aber auch

deshalb, weil ein Massenbestand von nur 10 Mt. pro Mitglied den heutigen Geldverhältnissen entsprechend zu niedrig sei. Er betraute es als eine Selbstverständlichkeit, daß kein Mitglied der Organisation die Mittel zur Erhaltung ihrer Schlagfertigkeit verweigern werde. In diesem Bericht schloß sich eine lebhaft ausgeführte Diskussion an. Alle Diskussionsredner stimmten einer Erhöhung zu, verlangten aber von der Verwaltung, daß bei den nächsten Verhandlungen mit aller Macht dafür gefordert werden müsse, daß dem Hilfspersonal dieselben Teuerungszulagen gewährt würden wie den Geschiften. Es könne nicht mehr so weiter gehen, die Spanne werde eine zu große. Er erhöhte Verbands- und Lokalbeiträge wurde dann einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und einiger Schlussbemerkungen fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Karlsruhe.** Mitgliederversammlung vom 8. Dezember 1921. Es wurde mitgeteilt, daß unsere Forderung wegen einer Grenzzulage von der Prinzipalsorganisation abgelehnt wurde. Die Prinzipals-Mitglieder lehnten auch eine schiedsgerichtliche Entscheidung ab, was uns zwingt, das Tarifamt in Berlin anzurufen. Weiter wurde mitgeteilt, daß für die schon in der letzten Versammlung besprochene Neujahrfeier mit Tanz Karten für Mitglieder und deren Angehörige zu 1 Mt. ausgegeben werden. Auf den am Montag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, stattfindenden Lichtbildervortrag über „Die deutsche Reichsversammlung“ für die Mitglieder der dem graphischen Metall angehörenden Organisationen wurde besonders aufmerksam gemacht. Ueber die neue Lohnherhöhung für Buchdruckerhilfspersonal referierte Kollege Müller. Eine von der Versammlung einstimmig angenommene Entschliessung lautet:

„Die aufgesuchte Mitgliederversammlung nahm durch einen Bericht des Kollegen Meier von dem Abschluß der neuen Tarifverhandlungen in Berlin Kenntnis. Obwohl dieser Abschluß bei weitem nicht das ist, was wir forberten, ist die Mitgliedschaft doch damit einverstanden und spricht der Verhandlungskommission den Dank für ihre Tätigkeit aus.“

Es wurde noch aufmerksam gemacht, daß jetzt durch die Lohnherhöhung sämtliche Mitglieder über 17 Jahre in die höchste Beitragsklasse zahlen müssen. Auch der Gewerkschaftsarbeit-Beitrag hat sich ab 1. Januar um 100 Proz. erhöht.

**Mün.** In der am 11. Dezember stattgefundenen Mitgliederversammlung gedachte Kollege Schaeffer bei Eröffnung der Versammlung der beiden vorbereiteten Kollegen Paul Sobczak und Peter Eich. Die Ehrnung erfolgte in der üblichen Weise. Sodann erstattete Kollege Bell den Bericht über die Leipziger Tagung, sowie die am 5. Dezember stattgefundenen Kreisamtsitzung. Als Ergebnis der sich daran anschließenden lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen:

„Die am 11. Dezember 1921 im großen Saale des Kolonialhauses tagende Versammlung der Münchner graphischen Hilfsarbeiterschaft erkennt die Tätigkeit ihrer Unterabteilung im Tarifauschuss an, kann aber das Ergebnis nicht als befriedigend ansehen, ganz besonders nicht im Hinblick auf die prozentuale Aufhebung der Teuerungszulage. Sie verlangt in Zukunft bei Gewährung von Teuerungszulagen dieselben in der gleichen Höhe wie die der Geschiften.“

Zu Punkt 2 der Tagesordnung fand eine Besprechung der ab 1. Januar fälligen höheren Beiträge statt. Desgleichen lag ein Antrag der Verwaltung auf Erhöhung der Lokalzuschläge vor. Ein von dem Kollegen Kraft eingebrachter Antrag auf Verlangung des Vorstandes bis zur nächsten Mitgliederversammlung wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Nach einer teilweise erregten Debatte wurde gemäß dem Antrage des Vorstandes einstimmig beschloffen, ab 1. Ja-

nuar 1922 den Lokalzuschlag in der 1. bis 4. Klasse um 1 Mt., in der 5. Klasse auf 2 Mt. zu stellen. Nachdem von seiten der Verwaltung noch unter „Verständliches“ eine Anzahl Mittelungen gemacht, ebenfalls verchiedene Anfragen erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Dank an die Erledigten.

**München.** Mitgliederversammlung vom 7. Dezember 1921. Trotzdem unsere Kollegen auf jede Zugewinnigkeit Versicht leistete, war es nicht möglich, alle in dem Verhandlungsraum unterzubringen, die gekommen waren, um den Bericht über die letzte Lohnbewegung entgegen zu nehmen. Die Versammlung tagte in Abwesenheit des Kollegen Lehmeier, der bei den Verhandlungen im Steinbrud angewendet sein mußte und wurde vom 2. Vorsitzenden Kollegen Bauer geleitet. Auf Ersuchen hatte Kollege Schmid die Berichterstattung übernommen. Er schilderte die Schwierigkeiten, die sich auch bei der diesmaligen Verhandlung wieder ergeben haben. Nach Bekanntgabe der neuen Sätze der Teuerungszulagen sowie der nun geltenden Löhne setzte eine rege Diskussion ein, in der die Erbitterung der Kollegen über die Prozentwirtschaft, die sich scheinbar für die Hilfsarbeiterschaft berechnen soll, zum Ausdruck kam. Kollege Arieue stellte sich auf den Standpunkt, daß wenn der Tarifauschuss auch fernherzu an dem ungerechten Prozentsystem festhalten sollte, die Anwendung unserer Verbandsverhandler bei den weiteren Verhandlungen überflüssig sei. Kollege Wagner stellte sich mit Nachdruck in seinen Ausführungen darauf ein, daß die Münchner Kollegen, was daraus entstehen, was da will, in Zukunft sich nicht mehr mit den 85 Proz. zufrieden geben wird. Ein Antrag, für das Steinbrudhilfspersonal in einem Sympathiepreis zu treten, wurde nach den Ausführungen des Kollegen Schmid zurückgezogen. Einstimmig wurde darauf folgende Entschliessung angenommen:

„Die überfüllte Versammlung des Buchdruckerhilfs-personals verurteilt nicht, daß die letzte Bewilligung neuer Teuerungszulagen für das technische Personal der Buchdruckereien eine weitere, nicht unwesentliche Belastung des Gewerbes darstellt.“

Für das Hilfspersonal selbst bedeuten aber die erhaltenen Zulagen infolge der in den letzten Wochen eingetretenen Selbstentwertung nicht mehr als die früheren Zulagen und bilden leider noch immer nicht im entferntesten einen Ausgleich der wachsenden Preise aller zum Leben notwendigen Bedarfsartikel.

Mit Entrüstung und Bedauern stellt aber das Hilfspersonal der Buchdruckereien München fest, daß auch bei den diesmaligen Verhandlungen wiederum dem alleseitigen Wunsch der gleichzeitigen Bemeuerung der Teuerungszulagen zwischen geleistet und ungeliefertem Personal nicht Rechnung getragen wurde.

Die Erbitterung innerhalb des Buchdruckerhilfs-personals ist nun derart gestiegen, daß sie zum letzten Male die Verbandsverhandler auffordert, bei zukünftigen Teuerungszulagenverhandlungen zu versuchen, diese soziale Ungerechtigkeit unter allen Umständen auszugleichen und falls dies nicht gelangt, die Zustimmung und Unterstützung zu verweigern.

Das Buchdruckerhilfspersonal mußte nun abeten werden, den Saal zu räumen, um dem Steinbrudhilfs-personal Platz zu machen, daß schnell wieder den Saal füllte.

**Münchberg-Fürth.** Die am 30. November stattgefundenen Versammlung des Buchdruckerhilfs-personals befaßte sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Tarif-ausschusses. Da wir vorläufig nur über die Höhe der neuen Zulagen unterrichtet sind, läßt sich noch kein abschließendes Urteil abgeben. Schon lange vor den Verhandlungen wurde von der Kollegenchaft in den meisten Druckfabriken das strenge Festhalten an den Prozent-sätzen lebhaft beklagt und der Erwarung Ausdruck gegeben, daß bisherige starre System durch ein bewegliche-

gabe, der Schulung der Unterführer, kommt in erster Linie eine zweckdienliche Ausbildung von gewerkschaftlichen Funktionären, Betriebsratsmitgliedern usw. in Frage. Ihr dienen die an einzelnen Universitäten schon eingerichtet, an anderen, und auch an einigen technischen Hochschulen vorbereiteten Gewerkschaftskurse, wie sie musterhaft besonders unter Plenge's Führung und unter hervorragender Mitwirkung des von mir eigens zur Förderung dieser Aufgaben ins Unterrichtsministerium berufenen Genossen Wolbt in Münster eingerichtet worden sind. Was dort unter besonderer Berücksichtigung der im rheinisch-westfälischen Industriebezirk von der Arbeiterchaft in Angriff zu nehmenden volkswirtschaftlichen Aufgaben angeht wird, das versuchen für den gleichfalls immer wichtiger werdenden mittelbeutschen Industriebezirk ähnliche, unter Wichtigkeit zu erreichen. In allen diesen Kurzen arbeiten die Gewerkschaften mit den in Frage kommenden Hochschullehrern in der besten Weise zusammen.

Was endlich die Ausbildung der Arbeiterführer selbst betrifft, so sagt über ihre Bedeutung Richard Wolbt in seiner ausgezeichneten Schrift: „Wirtschaftliche Schulungsarbeit und gewerkschaftliches Führertum“, eine Schrift, deren aufmerksamere Lektüre ich meinen Lesern nicht warm genug empfehlen kann (sie ist im Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig erschienen), das folgende: „Wir gehen einer Periode entgegen, in der die Leiter von großen Gewerkschaften ebenso einflußreiche Wirtschaftsführer werden müssen, wie es die Industriekapitäne großer Unternehmungen geworden sind. . . . Macht wird aber auch hier mit Verantwortlichkeit verbunden sein. Man kann zur Macht kommen, ohne Verantwortlichkeitsgefühl zu besitzen. Aber man kann sie in ihren Grenzen und Wirkungen der Allgemeinheit gegenüber zu gebrauchen verstehen. . . . So sind die Gewerkschaftsführer über den Rahmen ihrer direkten Organisationsbetretung nicht nur zu Macht und Einfluß gekommen, sondern zugleich ist damit die Verantwortung

verbunden, über die Sphäre ihrer Mitgliedschaften im Interesse der Gesamtheit des Volkes in die Entwicklung der Wirtschaft gefastet einzugreifen.“

Der allgemeinen und der besonderen volkswirtschaftlichen Ausbildung der im Wirtschaftskreislauf führenden Arbeiterpersönlichkeiten soll in erster Linie die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. dienen, ein Werk, auf das der junge Volksstaat mit freudigem Stolz blicken darf. Ich kann das um so unbefangener ausprechen, als das wesentlichste Verdienst an dieser Gründung keineswegs mir, sondern dem Genossen Hermann Lüdemann zuzuschreiben ist, der mit klarem Blick die hier vorliegenden Notwendigkeiten erkannt und als preußischer Finanzminister, in engstem Zusammenarbeiten mit der Unterrichtsverwaltung, das zu ihrer Verwirklichung Erforderliche getan hat. Auch für Berlin und Düsseldorf wird auf Anregung des Genossen Lüdemann zur Pflege der ganz neuen Aufgabe der systematischen Erwachsenenbildung die Gründung von Wirtschaftsschulen ungenähr nach dem Muster und mit den Zielen der Frankfurter Akademie geplant. Einen ganz wesentlichen Vorzug der diese Schulen für Auszubildende unter den Arbeitern vor den Universitäten auszeichnet, sehe ich darin, daß hier nicht mehr oder weniger unreife junge Leute andächtig lauschend zu Füßen eines ihnen in jeder Hinsicht überlegenen Lehrers sitzen, sondern daß in ihnen reife und im Lebenskampfe schon bewährte Männer ihre praktischen Erfahrungen austauschen können mit der ihnen vorgetragenen Lehre. Von diesem Austausch werden beide Teile reich befruchtet werden

**Gute Bilder für das Arbeiterheim**

Der vor einiger Zeit von den vier Gewerkschaften der graphischen Industrie gegründete „Volkskunstverlag: Das Bild“ hat seine ersten drei Hefen fertiggestellt. Es sind: Nr. 1 „Das Ballonzimmer“ von Adolf Menzel; Nr. 2 „Der Kohlenarren“ von Richard Schull; Nr. 3 „Ideale Landschaft“, ebenfalls von Richard Schull.

Nr. 3 „Ideale Landschaft“, ebenfalls von Richard Schull.

„Das Ballonzimmer“, von Adolf Menzel, ist nicht nur eines der bekanntesten, sondern wirklich auch eines der schönsten Bilder der ganzen deutschen Malerei. Sonntag, klar, einfach und heiter, leuchtet es nicht nur das Auge, sondern auch das Herz bis zu freuen an den kleinen, so leicht überheblichen Schönheiten des Alltags.

Die beiden Gemälde von Richard Schull, der als einfacher Arbeiter durch eigene Kraft sich zum Maler entwickelte, ergänzen einander vortrefflich. „Der Kohlenarren“ zeigt ein trübes, aber eindringliches Bild des Alltagslebens, einen Ausschnitt aus der Lebensgeschichte des großstädtischen Proletariats. Die „Ideale Landschaft“ gibt, als Gegenstück, einen Blick in ein aetraumtes, aber irdisch-schönes Sonnenland: Abendsonne, die Wolken und Wälder purpurn vergoldet.

Alle drei Bilder werden jedem Zimmer und jedem Heim zur Zierde gereichen. Und nicht nur das, sie werden jedem etwas geben, der unverbundene Augen hat und ein der Schönheit und der Kunst geöffnetes Herz.

Man weiß, daß die junge Genossenschaft „Jeden Kapitalgewinn“ auskalteln will, daß sie das Prinzip der Volksbilhnen auf den Kunsthandel überträgt. Nur so ist es zu erklären, daß die prachtvollen Wälder nicht mehr kosten als 45.- Mt. (mit Rahmen: 105.- bis 115.- Mt.).

Wenn nun noch irgendein Arbeiter sich für teures Geld minderwertige sogenannte „Kunst- und Gedruckte“ anschaffen läßt, auf denen Morgenrot und Abendrot, Hebelandschaft und erotische Pracht, Trüben und Rembrandt, alles durch dieselbe lastere, schaurig-schöne Himbeersäfte dargestellt wird -- dann ist das eben seine eigene Schuld. Die neue Genossenschaft gibt jedem Arbeiter, der überhaupt ein bißchen Geld für den Schmutz seines Heims erbringen kann, die Gelegenheit, sich zum billigen Preis das Allerbeste zu kaufen, das von keinem privaten Kunstverlag erreicht, geschweige denn übertraffen wird.

res zu erleben. Sowohl eine Gauleiterkonferenz, als auch die letzte Beiratsitzung beschäftigten sich einsehend mit dieser, für uns lebenswichtigen Frage und sprachen sich in einer Entschiedenheit einmütig für eine Verringerung der Prozentfüße aus, die durch die sprunghafte Teuerung ausgehört haben, einen gerechten Maßstab für die Arbeitsleistung des Hilfspersonals zu bilden. Wenn es auch nicht möglich ist, besonders bei den Kolonnen, dieselben Teuerungszulagen wie bei den Stollen auf einen Ansturm zu erreichen und jeder Erfolg schrittweise erkämpft werden muß, so besteht angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen wir alle leiden, für unsere Verhandler die dringlichste Aufgabe darin, bei den künftigen Verhandlungen das Schwerkeregewicht ihrer Beweisgründe auf diesen Punkt zu konzentrieren. Diese Auffassung schließt keine Tarifgenossenschaft in sich, sie bedeutet nur eine Anpassung an die völlig veränderten Verhältnisse seit der Tarifreifeilösung. Für uns als Hilfsarbeiter kommt weniger die traditionelle, buchdruckerische Anschauung über die Lohnfrage in Betracht, wie die Erkenntnis, daß unsere Arbeit so entlohnt werden muß, wie auch den Angelernten eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen. Zum Veraleich wurde auf die Schleifertollgen in verschiedenen Druckfabriken verwiesen, die vielfach dieselben Zulagen erhielten, wie die Lithographen und Steinbrucker. Die fortschreitende Teuerung kann durch Zulagen nicht ausgeglichen werden; es ist auch im Steinbruch die Wahrscheinlichkeit neuer Verhandlungen vor Ablauf der Frist in Aussicht gestellt worden. Sollen wir nicht zu überreichlichen und politischen Währungsverhältnissen kommen, — von den russischen ganz zu schweigen — so müssen sich die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien aufrufen und durch die Einleitung einer rücksichtslosen Steuerpolitik den höchsten und höchsten Grobgeheimnissen einen großen Teil der Kriegs- und Wucherergewinne zu entreißen versuchen. Nur dann kann das Reich seine ihm im Versailles-Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllen, und nur auf diesem Wege ist es möglich, eine dauernde Besserung des Marktes herbeizuführen. Jährt auch der Buchdruck, von Maßnahmen abzusehen, nicht zu den Werttagelöhnen, so werden doch nicht ganz anständige Preise verlangt und erzielt, so daß die Prinzipale wohl imstande sind, das Hilfspersonal besser zu entlohnen. Der Geschäftsgang ist ein sehr guter, und es mangelt an Arbeitskräften. Besonders bei alleinlebenden Kolleginnen, die einen eigenen Haushalt führen, macht sich der große Unterschied gegen die Löhne der Kollegen drückend bemerkbar, und die Ansicht kam in erregter Weise zum Ausdruck, daß die Prozentfüße in der jetzigen Gestalt nicht der Weisheit letzter Schluss und sozialer Gerechtigkeit letztes Angebot sein können. Die lebhafteste Aussprache, die einsetzte, fand ihren formulierten Ausdruck in folgender, einstimmig angenommenen Entschiedenheit:

„Die am 30. November tagende Versammlung der Nürnberger Kollegenchaft wendet sich entschieden gegen das Festhalten an den Prozentfüßen, die durch die veränderten Zeitverhältnisse überholt sind und zu einer zu großen Spannung zwischen den Löhnen der Gehilfen und des Hilfspersonals führen. Was für kleine Druckorte vielleicht vor Jahresfrist einen Fortschritt bedeutete, wird zur offensibaren Ungerechtigkeit und drückenden Fessel für die Großstädte. Unter Hinweis auf die Beschlüsse der Gauleiterkonferenz und des Beirates erwarten die Verammelten, daß bei den nächsten Verhandlungen mit aller Entschiedenheit die Erhöhung der Prozentfüße bei den Kolleginnen und die Gleichstellung der verheirateten Kollegen mit den Gehilfen bei den Teuerungszulagen verlangt und vertreten wird.“

## Zarifamt der Deutschen Buchdrucker

### Dritter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennden Firmen vom 31. August 1921.

Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.

I. Kreis: Alfeld: Hölborn, Gustav (Hermann F. Ahrens). — Bremen: Gessen, Wilhelm. — Desslauen: Rette, S., Wwe. (Karl Rette). — Saxe-lünne: Kammerdorf, Ana.

II. Kreis, Hocholl i. W.: Bede, Vernhard (B. Bede). — Düsseldorf: Druckhaus Düsseldorf (Hermann Schulz); Düsseldorf Verlagsgesellschaft, G. m. b. H. — Elberfeld: Schulze, D. W. — Köln: Mühlheim: Kurb, Michael. — Langenbera (Rheinland): Fortboff, Ana. Neuenrade: Kitter u. Rohmann.

III. Kreis, Schwaga Neudorf, Ratob. Frankfurt a. M.: Berufsständigenanfall „Sonia“, E. Brejowst. — Mainz: Walfmus, Franz. — Wunzstadt: Helens, Ratob.

IV. Kreis, Kunweiser (Wolz): Wolff, August. Pannstadt: Hansa-Druckerei (St. Häre und Karl Tuschelwald); Mopp u. Mohr. — Kirchheim-Selberga: Ladebura, Hermann. — Mannheim: Aow, Friedrich. Sinsheim a. d. G.: Meyner, Heinrich.

V. Kreis, Amberg: Erhard, Karl; Fuhrmann, N. Aschaffenburg: Wunser u. Scheibler.

VI. Kreis, Wallenstedt a. Harz: Rasche, Gerhard.

VII. Kreis, Leipzig: Pöttner u. Co. (Wunther Pöttner); Schmidt, Oswald, G. m. b. H. — Pauen i. V.: Warenhaus Julius Dieb. — Schwarzenbera: Ludwig, G. F. — Weinböckla: Börner u. No.

Zempelfabrik. Wida u. i. Za: Richter, Gustav (Karl Henze Nachf.).

VIII. Kreis, Berlin: Agraja-Berlin (Ewald Sprung); Chemische Fabrik Max Rebermann; Curia u. No., G. m. b. H.; Diebler, Franz, vorm. Wilsch Obermeier; Mierle u. Mühlberg; Menner, Gebrüder; Ulrich, Fritz, G. m. b. H. — Lichterfelde: Holz, Georg. — Pantow: Köhler, Friedrich. — Wilmerdorf: Nestoroff, Alexander.

IX. Kreis, Gnadenfrei (Schl.): Winter, Gustav. X. Kreis, Kiel: Möding u. Wof. — Ludwigslust i. M.: Eckardt, Gottlob. — Rostock i. M.: Wagner, Otto.

XI. Kreis, Forst (Lausitz): Walther, Robert, vormals W. Weiß. — Labe s. i. Pom.: Kienaf, Hermann.

Aus dem Verzeichnisse der tarifreien Buchdrucker wurden gestrichen die Firmen:

Kreis IV. Buchdruckerei Jean Fix in Speier a. Rh.

Kreis V. Buchdruckerei Georg Ebenberger Nachf. Martin Fritz in Aidenbach. — Buchdruckerei Franz Classen in Schweinfurt. — Buchdruckerei Altm u. Lampert in Würzburg.

Kreis VII. Klotzfabrik Max Wilsbner in Dresden, Kreis IX. Buchdruckerei Arnob Urban in Mittelwalde (Schlesien).

Kreis XI. Buchdruckerei Paul Herlen in Lauenburg i. N., Julius Siegmund in Mittenwalde (Mark) und G. Weisfinger in Briesen a. d. O.

### Bekanntmachung

Schiedsgericht betreffend

Nachen. Prinzipalvorsitzender: Direktor Gustav Hehnisch, i. Fa. Nachener Verlagsgesellschaft u. b. H., Nachen, Aureliusstraße 40.

Kreisvertreter betreffend

Tarifkreis VI. (Prinzipalwahl) Kreisvertreter A. Jäger, i. Fa. Gebauer-Schweifste Druckerei und Verlag, G. m. b. H., Halle a. d. S., Gr. Märkerstraße 10. Stellvertreter: H. Zickel, i. Fa. H. W. Zickel, Osterwied a. Harz; S. Werth, i. Fa. Mäncke u. Jahn, Rudolstadt.

Berlin, 3. Dezember 1921.

F. A.: Paul Schließ, Geschäftsführer.

## Briefkasten

Peller-Jena. Inserat kostet 8 Mf.

## Anzeigen

Unserem treuen Mitgliede und langjährigen Vertrauensperson bei der Firma S. Bing Frau Nanette Frühwirth nebst Mann die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Nürnberg-Gürtel.

Die herzlichsten Glückwünsche unserer lieben Kollegin Lina Geißler und ihrem lieben Korle zu ihrer am Heiligen Abend stattfindenden Vermählung.

Zahlstelle Bittau.

Unserer lieben Kollegin Lina Kayser mit Herrn Erich Hering zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Jena i. Thür.

Unserer lieben Kollegin Denny Juhl nebst ihrem Bräutigam Heinz Klemann Glück und Segen zur Vermählung.

Die Mitglieder der Zahlstelle Bad Salzungen.

## Sterbetafel



Am 26. November 1921 verschied unsere liebe Kollegin, die Botarbeiterin

### Mara Gänger

(i. Fa. D. Brandstetter)

im Alter von 39 Jahren.

Am 29. November 1921 verschied unsere liebe Kollegin, die Steinbrud-Anlegerin

### Elisabeth Gaisch

(i. Fa. Weisner u. Buch)

im Alter von 21 Jahren.

Ein allezeit ehrendes Andenken bewahrt ihnen Die Zahlstelle Leipzig.

Am 2. Dezember verstarb nach langer, schwerer Krankheit unsere liebe Kollegin

### Luise Weidle

(i. Fa. Union)

im Alter von 52 Jahren.

Wir verlieren in der Verstorbenen ein Mitglied, welches nahezu 16 Jahre treu zu uns gestanden hat.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr Die Zahlstelle Stuttgart.

Am 5. Dezember 1921 starb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege

### Peter Eich

(i. Fa. Köln, Zeitung)

im Alter von 60 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt dem Verstorbenen

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Köln.

Am 10. Dezember 1921 verstarb im Alter von 67 Jahren unser langjähriges treues Mitglied, die Kollegin

### Katharine Waisenbacher

(i. Fa. Deutsche Verlagsgesellschaft).

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Zahlstelle Stuttgart.

Am 10. Dezember 1921 verstarb unsere liebe Kollegin, die Anlegerin

### Frau Hulda Grönder

(i. Fa. Hoffmann u. Reiber)

im Alter von 37 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Zahlstelle Görtlich.

Am 11. Dezember starb nach kurzem schweren Leiden unsere liebe Kollegin, die Anlegerin

### Agathe Banz

(i. Fa. M. Bauchwitz)

im 18. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr alle

Zeit Die Zahlstelle Stettin.

## Werttätige!



## Einsichtige!

Steigert die Zinskraft eurer Ersparnisse! Erwerbt

# Teilschuldverschreibungen

der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumervereine m. b. H., Hamburg in Stücken zu 500, 1000, 5000 oder 10 000 Mark.

Verzinsung 5 1/2 Prozent im Jahr.

Gedruckte Bedingungen sind in allen Consumervereinen zu haben oder abzufordern bei der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumervereine m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52